

Der Gesellschafter.

Den 1. Dezember.

Beilage zum Nagolder Intelligenzblatt.

1848.

Württembergische Chronik.

3. B. es die Angabe heute eingeleitete Verbreitung Wolf in und dann

Horb, den 26. November. Auch hier wurde dem Märtyrer Robert Blum zu Ehren eine Feierlichkeit veranstaltet. Die Bürgerwehr mit schwarzumflichter Fahne und Trauermusik zog auf den Exercierplatz, woselbst der Befehlshaber, Hr. Rechtskonsulent Fischer, eine ergreifende Trauerrede hielt, an deren Schluß er die Anwesenden aufforderte, ihr Scherlein zur Unterstützung der Hinterbliebenen beizusteuern, was auch bei allen Anwesenden Anklang fand.

Kochfelden, Oberamts Nagold, den 29. Nov. Mit Schauern berichten wir einen Fall thierischer Robbeit, der wahrlich in unserer Zeit nicht mehr vorkommen sollte. Gestern Abend tranken sechs junge Bursche, die meist der nächsten Konseription verfallen, eine Maß Branntwein, nachdem schon vorher einige davon tüchtig gezecht hatten. Kaum aber war diese Heldenthat vollbracht, als sich auch die Folgen davon einstellten: Einer der Schnapsäufer, etwas schwächlicher Natur, fiel um und war todt, obgleich alle Belebungsversuche angewendet wurden; ein zweiter, der scheinodt war, kam nur nach vieler Anstrengung mit Bürsten u. s. w. zum Leben. Bei den vier andern aber hat sich der Magen durch bestiges Erbrechen selbst gebolten. Wir wollen kein Urtheil darüber fällen, aber Eltern und Wirthe sollten solchen Schandthaten vorbeugen.

In der Kammer der Abgeordneten stellte der Abgeordnete Süski einen Antrag, sämtliche Kirchenbaulasten auf den Staat zu übernehmen und demselben dagegen sämtliche aus der Zehntablösung entstandene Abfindungssummen zu überweisen. Nur reiche Stiftungen sollen diese Baulasten fort bestreiten. Der Antrag wurde der Ablösungskommission zugewiesen.

Die Diebstähle in Stadt und Land nehmen wieder ungenem überhand und die Ritter dieser Industrie wissen recht gut ausfindig zu machen, wo etwas zu holen ist. So wurden dieser Tage in Plieningen über 120 fl. baar Geld gestohlen, in Ludwigsburg wiederholt in einem und demselben Hause eingebrochen, ein Ordnonanzgewehr aus einer Kaserne gestohlen und in Stuttgart wieder zwei Uhren und eine Menge unbedeutenderer Gegenstände entwendet. Folgende zwei Fälle aber zeigen, mit welcher Frechheit in Stuttgart das Diebsgesindel sein Handwerk treibt: Kürzlich kamen Abends zwischen 5 und 6 Uhr in Abwesenheit des Hofgärtners etwa 10—12 Bursche in dessen Wohnung (in der Nähe des Schlosses), erbrachen Thüren und Kästen und ließen mitspazieren, was ihnen von Werth dünkte. Man hatte zwar die verdächtigen Bögel gesehen, jedoch an ein solch freches Vubensstück nicht enifernt gedacht. — Letzten Samstag Abend erschien in dem Mehladen im Apotheker Reibhenschen Hause ein Individuum, das sich mit dem allein darin befindlichen Mädchen längere Zeit über allerlei Gegenstände unterhielt und Fragen an sie stellte.

Da dem Mädchen die Zubringlichkeit des Menschen zu lange dauerte, so arbeitete sie an ihren Geschäften fort. Plötzlich fiel der Unbekannte über das Mädchen her, schlug sie, bis sie besinnungslos niederfiel, bemächtigte sich alsdann ihrer Schlüssel, die sie in der Tasche hatte, und trug die Kasse fort. Das Mädchen soll in sehr beklagenswerthem Zustand darniederliegen. Dieser schändliche Raubmord, mitten in der Stadt, zeugt von einer grenzenlosen Frechheit. (Auch in Labr im Breisgau wurde nach Erbrechung eines eisernen Fenstergitters in das Comptoir der H. Gebrüder Hugo eingestiegen und die Kasse beraubt.) Alle diese Fälle beweisen, wie nöthig Vorsicht ist.

Ueber Zehnt-Ablösung.

(Erläuterung von den Abgeordneten Seigle, Pfäfflin und Zeller.)

Der hierher Bezug habende Aufsatz in Nr. 95 dieses Blattes bedarf einiger Berichtigung, soferne bemerkt ist, daß die Gemeinden vorerst nur den Zins aus dem Ablösungs-Kapital zu 4 Prozent zu entrichten haben. Nach Art. 15 des Gesetzes-Entwurfes hat die Abtragung der Zins- und Kapitalschuld in Zeitrenten mit 25jähriger Tilgungszeit zu geschehen. Ein Beispiel wird aber zeigen, daß die Abtragung der ganzen Schuld an Kapital und Zinsen in 25 Jahren erfolgt, ohne daß der Zehntpflichtige jährlich weiter an Geld zu entrichten hat, als der bisher geleistete Naturalzehnten nach den letztjährigen hohen Fruchtpreisen ausmachte.

Nehmen wir den Ertrag eines guten Morgen Ackers im 1. Jahr zu 8 Sch. Dinkel à 4 fl. . . . 32 fl. — fr., im 2. Jahr zu 5 Sch. Haber à 2 fl. 40 fr. . . 13 fl. 20 fr., den durchschnittlichen Ertrag in der Brach zu 15 fl. 15 fl. — fr. 60 fl. 20 fr.

an, so ergibt sich, wenn der Werth des Zehntstobes mit dem Verwaltungs-Aufwand des Zehntberechtigten ausgeglichen wird, ein Naturalzehnten — nach den niedrigen Ablösungs-Preisen zu 4 fl. für den Scheffel Dinkel und 2 fl. 40 fr. für den Scheffel Haber — von jährlich 2 fl. 1 fr.; Ablösung 16fach 32 fl. 16 fr. oder in runder Summe für 3 Morgen 100 fl.

Diese Ablösungs-Summe von 3 Morgen wird in 25 Jahren sammt dem Zins zu 4 Prozent vollständig abgetragen, wenn der Pflchtige jährlich 6 fl. 24 fr. oder vom Morgen 2 fl. 8 fr. bezahlt.

Legt man nun die höhere Fruchtweise der letzten Jahre zu Grunde, und zwar

von 8 Scheffel Dinkel zu 6 fl.	48 fl.,
von 5 Scheffel Haber zu 4 fl.	20 fl.,
Brach	15 fl.,

so ergibt sich ein Ertrag in drei Jahren von 83 fl., dem Zehntpflichtigen, der den Zehnten auf dem Felde liegen



ließ, entzient neben dem Werthe des Zehntstobes in drei Jahren ein Fruchtwerth von 8 fl. 18 kr. oder jährlich 2 fl. 46 kr.

Ein anderes Beispiel des Pachtverhältnisses einer einzelnen Gemeinde wird hier noch angeführt:

Die Gemeinde Spielberg, Oberamts Nagold, hat an jährlichen Zehnten an das Kameralamt Altenstaig zu bezahlen:

4 Scheffel 4 Simri Roggen	à 6 fl. 24 kr.,
30 Scheffel 4 Simri Dinkel	à 4 fl. — kr.,
29 Scheffel 4 Simri Haber	à 2 fl. 40 kr.,
2 Scheffel 6 Simri Gerste	à 5 fl. 36 kr.,
Kleinzehntgeld ohne was der Pfarrei zuleht	8 fl. 12 kr.,
Zehntfurrogat	18 fl. 6 kr.,
1 Fuder Stroh	8 fl. — kr.

Hievon beträgt die Ablösungs-Summe vom:

Roggen	460 fl. 48 kr.,
Dinkel	1952 fl. — kr.,
Haber	1258 fl. 40 kr.,
Gerste	246 fl. 24 kr.,
Kleinzehntgeld	131 fl. 12 kr.,
Zehntfurrogat	289 fl. 36 kr.,
Stroh	128 fl. — kr.

Zusammen 4466 fl. 40 kr.

Es fragt sich zunächst, wie viel hatte die Gemeinde in den Jahren 1830 bis 1847 an Zehnten zu entrichten, denn es handelt sich vom Durchschnitt dieser bestimmten 18 Jahre.

Angenommen, das angegebene Pachtlokal habe in allen jenen 18 Jahren bestanden, so wurde der jährliche Gelbbetrag 279 fl. 10 kr., und der sechszehnjährige 4466 fl. 40 kr. betragen.

Die Tilgung hat in 25 Jahren zu geschehen, jedoch nicht wie gewöhnliche Zinsen, sondern es muß in jedem Jahre gleich viel bezahlt werden.

Wenn der Zins zu 4%, den die Kammer der Abgeordneten beschlossen hat, wirklich zum Gesetz erhoben wird, so müssen, um 100 fl. in 25 Jahren abzutragen, jährlich 6 fl. 24 kr. bezahlt werden, die Gemeinde hätte somit 25 Jahre lang 285 fl. 52 kr. zu bezahlen, und wäre dann in 25 Jahren ganz frei, sie hätte also nur jährlich 6 fl. 42 kr. weiter zu bezahlen, als sie gegenwärtig schon — wohl gemerkt, die Früchte zu dem niedrigen Ablösungspreis berechnet — jährlich bezahlen mußte.

Der Gemeinde käme auch noch der Verwaltungsaufwand, den das Kameralamt hatte, zu gut, was übrigens nicht viel ausmachen wird.

Es zeigt dieß sonach, wie vortheilhaft die Ablösung ist, denn man darf, genau betrachtet, nicht weiter leisten, als man inzwischen geleistet hat, und ist dann in 25 Jahren frei.

Hiernach wird es nicht zweifelhaft seyn, daß die Ablösung im Interesse der Zehntpflichtigen liegt.

Was aber die Befürchtung betrifft, daß durch die Ablösung das Grundstockkapital des Staates vermindert und dann eine Steuererhöhung nöthig werden möchte, so muß verfassungsmäßig von der jährlichen Zehntablösungsrente derjenige Theil, welcher nicht als Zins anzusehen ist, also in dem oben angeführten Beispiel von der Jahresrente von 6 fl. 24 kr., welche 100 fl. Ablösungskapital zillt, 2 fl. 24 kr. jährlich zum Grundstock des Staates geschlagen werden. Durch die nutzbringende Anlegung dieser Grundstocksgelder wird sich der durch die Ablösung

entstehende Ausfall an den Staatseinnahmen zum größeren Theil wieder ausgleichen und das, was nicht ausgeglichen wird, muß, wenn die Stände nicht nachlassen, darauf zu dringen, durch Vereinfachung des Staatshaushalts wieder eingebracht werden können.

Tages-Neuigkeiten.

In der Stadt Baden sind in neuerer Zeit beim Verfolgen einer sehr gehaltreichen warmen Quelle die ehemaligen Caracalla- oder Kaiserbäder entdeckt worden, ein gewaltiges Römerbauwerk mit vielen Hallen und Baderäumen, das einen großen Räumenraum — beinahe die ganze obere Marktebene — einnimmt.

In Baden herrscht seit einigen Tagen wieder viel Bewegung unter den Flüchtlingen jenseits des Rheins. Sie drohen bei Lörrach schon wieder mit einem Einfall. Noth und Verzweiflung schein sie zu einer Razzia zu treiben.

In London sind am 16. November die Friedensunterhandlungen mit Danemark wegen Schleswig-Holstein eröffnet worden.

Es wurde ein neuer Vorschlag zur Ausgleichung der preussischen Wirren gemacht, der so gut als angenommen ist. Hiernach soll das Ministerium Brandenburg entlassen und ein anderes volksthümlicheres an seine Stelle gesetzt werden. Dafür solle die Nationalversammlung den Dank an die Krone aussprechen, noch eine Zeit lang stillschweigend vertagt bleiben und dann ihre Sitzung in Berlin wieder fortsetzen.

Das preussische Staatsministerium fordert nun die Abgeordneten zur Nationalversammlung in einer Bekanntmachung vom 25. auf, zur Wiedereröffnung der Sitzungen am 27. Vormittags 10 Uhr, in Brandenburg in dem dazu hergerichteten Lokale zu erscheinen.

Das englische Kabinet hat durch den Grafen Westmoreland dem preussischen eine Note zuferigen lassen, in welcher es sich mit allen Maßregeln der Regierung zur Herstellung der Ordnung einverstanden erklärt. Hiermit im Zusammenhange steht die Nachricht, daß das englische Kabinet von seinen Kronjuristenbeamten ein Gutachten über die zwischen der preussischen Krone und der Nationalversammlung entstandene Rechtsfrage eingefordert habe, und daß dieselben sich zu Gunsten der preussischen Regierung ausgesprochen hätten.

Der Belagerungszustand ist durch Aufhebung der nächsten Thorsperrre und Verlängerung der Polizeistunde in etwas erleichtert. General Thümen hat den Termin zur vollständigen Waffenablieferung bis zum 27. verlängert; nach dessen Ablauf soll die angedrohte gesetzliche Bestrafung gegen die Widersetzlichen in Anwendung kommen. Die Physiognomie der Stadt ist noch immer dieselbe, ruhig und friedlich, aber ohne Belebung von Handel und Gewerbe.

Marionwerder, der Sig der westpreussischen Regierung, ist in Belagerungszustand erklärt, wegen der realistischen, gegen das Oberlandesgericht daselbst vorgefallenen Excesse, wobei die Tumultuanten einen Einbruch in die Regierungsbaukassette versuchten.

In Königsberg ist Einwohnerschaft, Magistrat und Universität für die Nationalversammlung. Alle Wehrfähigen werden aufgefordert, in die Bürgerwehr oder in die akademische Legion einzutreten. Ein Hauptmann, welcher als Mitglied eines demokratischen Vereines eine Er-

stärkung für die Versammlung mit unterzeichnet hat, wurde seines Dienstes entlassen.

Ganz Vithauen, der am meisten demokratisirte Theil von Ostpreußen, ist in fürchterlicher Aufregung; an vielen Orten regen sich die Bauern, bei denen sich die größten Besorgnisse wegen nunmehriger Gestaltung ihrer materiellen Lage einstellen, und welche die Nationalversammlung durch die unentgeltliche Aufhebung des Jagdrechts ganz für sich gewonnen hat.

Der Magistrat von Tilsit beriet schon die Steuerverweigerung, ehe die Nachricht von dem Beschlusse der Nationalversammlung zu ihm gedrungen war; nach dreitägiger Debatte beschloß er, bei der Regierung in Sambinen anzufragen, ob sie die Ausführung der Steuerverweigerung in die Hand nehmen wolle, falls dies nicht geschehe, werde es von Seiten der Stadt Tilsit geschehen.

In der preussischen Provinz Sachsen ist zwar die Einberufung der Landwehr erfolgt, allein die Leute laufen fast überall wieder aus einander, da man ihnen auf die Fragen: weshalb sie einberufen würden und wohin man sie führen wolle? keine bestimmte Antwort geben will oder kann. Von Erfurt ist der General v. Schwab, von Magdeburg der General v. Hirschfeld mit Kanonen und Truppen aller Waffengattungen gegen die Aufrührer ausgezogen, nachdem diese ein Pferd Husaren unter der Führung eines Lieutenants in einem Hohlwege unfern des Städtchens Vibra gefangen genommen hatten.

Am 24. Nov. wurde auch Erfurt in Belagerungszustand erklärt. Die Landwehr wurde eingeleidet, sollte aber wegen ihrer ungünstigen Stimmung ohne Waffen an die verschiedenen Depots abgeben. Dies duldet das dabei stehende Volk nicht, feste Leute mischten sich unter die Landwehr und nun wurden Excesse an Offizieren und anderen Militärs begangen. Die Bürgerwehr, welche alarmirt wurde, aber hauptsächlich aus sogenannten Klein- oder Schutzbürgern besteht, schlug sich auf Seite des Volks. So entstand ein regelmäßiges Gezecht. Die Bürgerwehr feuerte pelotonmäßig auf die Kürassiere, von welchen so gleich 6—8 getroffen stürzten. Allein bald waren die Straßen gesäubert. Die Kämpfenden zogen sich in Häuser zurück und schossen aus denselben. Barrikaden wurden gebaut und verteidigt, aber zuletzt durch Artillerie zusammen geschossen; die Häuser wurden genommen und Gefangene gemacht. Nachmittags war die bewaffnete Macht Herr der ganzen Stadt und des Bahnhofes. Der Belagerungszustand wurde ausgesprochen. Von dem Militär sollen ungefähr 15, von den Bürgern noch einmal so viel geblieben seyn. Der Demokrat Berlesch ist verhaftet.

In Düsseldorf wurde am 24. Nov. von einem Pferd Soldaten nach Erbrechung der Thüren aus dem Bureau der Bürgerwehr die vorräthige Munition und die Fahnen des Schützenvereins weggenommen und letztere zuerst in die Kaserne gebracht, dann aber doch unter Eskorte einer Kompagnie auf dem Rathhause abgeliefert. An demselben Tage wurden sechs Mitglieder des Regierungskollegiums, weil sie sich gegen die sofortige Erklärung der Stadt in Belagerungszustand ausgesprochen hatten, suspendirt. — Zu bemerken ist noch die sonderbare Vertheilung des Generals v. Drigalsky, der den Belagerungszustand über Düsseldorf verhängt hat. Er nennt sich selbst „Bürger“, Drigalsky und einen „Hott und seinem König neu ergebene Kommunisten.“ Er hat an dem Tage nach der Erklärung der Stadt in Belagerungszustand den Armen der

Gesamtgemeinde Düsseldorf eine jährliche Summe von 1000 Thalern vermaacht, so lange er in Düsseldorf ansäßig sey.

Im königlichen Schlosse zu Potsdam ist am 19. Nov. der Herzog von Braunschweig eingetroffen.

In dem Städtchen Guben, an der schlesischen Grenze, wurde am 18. Nov. Nachts die Kasse des Salzamts geplündert! Auch wurden daselbst die Steuern verweigert.

In Halle ist es am 19. Nov. zwischen den Parteien zu offenem Kampfe gekommen. Die Demokraten wurden besiegt. Am 19. sollte die Landwehr eingeleidet werden, aber an denselben Platz und zur selben Stunde wurde eine Volksversammlung dorthin ausgeschrieben. Die Anführer der Demokraten, Graf Reichenbach aus Berlin, die Studenten Kaulfuß, Ehrlich, nebst dem Landwehrmann Pöschke, forderten zum Anschlusse an die Nationalversammlung auf; der König sey eine Macht, der nicht mehr Folge zu leisten sey. Die Vöbelbauern verböhten die Bürgerwehr, es geschahen Bajonetanzriffe, diesen stellte sich das zur Bürgerwehr gehörende Pikeniercorps entgegen. Es wurde von beiden Seiten geschossen und gestochen, die Pikenier überwältigt und entwaffnet. Nachdem noch Merseburger Husaren eingerückt waren, wurden die Führer verhaftet. Zwei fand man in Weinsäffern im Keller verborgen, Andere sind flüchtig geworden. Die Halle'schen Klubs haben sich gegen die Steuerverweigerung erklärt.

Aus Breslau schreibt man: „Wir haben einen Sicherheitsausschuß, der die städtischen Behörden bevormundet, Waffen, die Privaten angehören, in Beschlag nimmt, Munition ausbeut und jeden waffenfähigen Mann verpflichtet, auf den ersten Ruf zu erscheinen und mit der Büchse in der Hand Widerstand zu leisten. Man beschloß am 17., die beim Magistrat eingehenden Steuern zurückzubehalten und von dem Oberpräsidenten dasselbe zu verlangen. Dieser meinte, er könne seinen Entschlus erst dann aussprechen, wenn die Nachricht, daß die Nationalversammlung die Steuerverweigerung beschlossen habe, offiziell eingezogen sey.“

Von Schmiedeberg in Schlesien wird berichtet, daß die Dörfer im Riesengebirge und am Fuße desselben in Aufstand seyen, überall werde Sturm geläutet, die Bauern ziehen nach Breslau, auch sie seyen beordert, allen Konflikt mit dem Militär zu vermeiden.

In Köln haben die Landwehrmänner ihrem Kommandeur den Gehorsam aufgekündigt, und sich neue Führer auf eigene Faust gewählt. — Man will auch gegen den neuen Oberbürgermeister protestiren, weil ihn nicht nach dem neuen Gesetz die Gemeinde gewählt hat, sondern die Regierung.

Aus Wien kommen widersprechende Nachrichten über zwei angeblich am 23. d. an Dr. Becker und Dr. Jelinek, den Redakteuren des „Radikalen“ vollzogenen Hinrichtungen. Der Allg. Ztg. wird die Nachricht von mehreren Seiten mitgetheilt, während gleichzeitig die Augsb. Abendztg. sie als leeres Gerücht bezeichnet. Wir wollen vorerst das Letztere glauben, da auch die Wiener Zeitung nichts Amtliches darüber enthalt, und Windischgratz wirklich entschlossen seyn soll, eine mildere Bahn zu betreten. Dies wird erfreulicher Weise bestätigt durch die Freisprechung Aigners, des gewesenen Kommandanten der akademischen Legion. Aigner war durch die standrechtliche Kommission wegen bewaffneten Widerstandes gegen die k. k. Truppen, insbesondere wegen Vertheidigung der Tabakstraße zum

Tode durch den Strang verurtheilt, wurde aber durch Fürst Windischgrätz wegen mildernder Umstände gänzlich begnadigt und wieder in Freiheit gesetzt. Er verdankt dies vorzüglich dem Umstand, daß er am 29. nicht mehr das Kommando führte und selbst mit eigener Gefabr zu Entwaschung des Proletariats in den Vorstädten beigetragen hat. Auch soll er den unglücklichen Minister Latour bereits am 5. Okt. vor der ihn bedrohenden Gefahr gewarnt haben. Aigner ist Künstler (Porträtmaler).

Man erzählt sich in Wien, daß der Kaiser dem Fürsten Windischgrätz erlaubt habe, sich von demselben eine Gnade auszubitten. Der Fürst soll gebeten haben, Seine Majestät möge — nach Wien zurückkehren (?).

In Kremsier ist der Reichstag am 22. von Neuem feierlich eröffnet worden. Zum Präsidenten wurde, jedoch erst im zweiten Scrutinium, der frühere Vicepräsident Smolka erwählt. Er erhielt 131 Stimmen; der Kandidat der tschechischen Partei, Strobach (der frühere am 6. Okt. entlassene Präsident des Reichstages), bekam 124 Stimmen. Vor dem durch den Präsidenten beantragten Schlusse der Sitzung gab noch Schuselka in seinem und vieler andern Namen die Erklärung, daß nur die Rücksicht auf die Lage des Landes, das Pflichtgefühl und Gehorsam gegen die Majorität der Versammlung die Veranlassung ihres Erscheinens in Kremsier sey; man habe in Wien gegen diese Verlegung protestirt, und auch jetzt dürfe man aus dem Eintreffen in Kremsier keineswegs den Schluß ziehen, als ob man hiemit das Recht der Krone oder irgend eines Ministeriums, die Versammlung wider ihren Willen zu verlegen, anerkenne. Diese Erklärung Europa gegenüber zu geben, erheische die Ehre der Versammlung. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen. Auf der Ministerbank wohnte ihr Stadion, Kraus und Bach bei.

Robert Blums Frau, welche in Wien den Leichnam ihres Mannes reklamirte, hat man geantwortet, daß der Leichnam, wie bei Hinrichtungen gewöhnlich geschieht, secirt worden sey.

Die Allg. Ztg. enthält nachträglich eine Schilderung über das Verhalten der Proletarier während der letzten Otoberstage. Sie benähigt, daß diese allerdings gedroht haben, die kais. Burg in Brand zu stecken, daß es aber bei der Drohung verblieb und diese selbst in der Burg dagegen Wache gehalten haben. Ueber den Brand in der Hofbibliothek ist erwiesen, daß er durch die Raketen-Batterie der kais. Artillerie verursacht wurde. Als bestes Zeugniß für das Verhalten der Proletarier wird angeführt, daß das Haus des Fürsten Windischgrätz in Wien vollständig unversehrt blieb. — Man hofft, daß der drückende Belagerungsstand Wiens Ende Dezember aufhören werde. Man klagt besonders bitter über das Gezucht der Raderer und Spizeln (Spione).

Ein Dimüger Blatt entwirft von Wien folgendes Bild: „Seit der Erschießung des Brünners Borgini, wegen Worte, sind alle Kaffee- und Wirthshäuser still geworden. Der Freund traut dem Freunde nicht. Es ist eine traurige, heillose Zeit. — Wegen Verletzung des Briefgeheimnisses kommen viele schüchterne Klagen vor. — Wenn die Wiener sprechen dürften, wenn Fürst Windischgrätz nicht den launigen Einfall gehabt hätte, den Sprechern den Mund mit Blei zu stopfen, so würde man hier viel über Berlin sprechen. Mit banger Aengstlichkeit werden in Kaffee- und Gasthäusern die deutschen Journale erwartet. — Man fürzt auf sie los, man verschlingt sie, dann sieht man seinen

Nachbar an und der Nachbar versteht, was man sagen will, wenn man ihn anschaut. — Das ist der Effect, den die Berliner Ereignisse in Wien hervorbringen.“

Nabegly hat über 120 lombardische Familien eine ungeheure Steuer verhängt (einzelne Familien sind mit je 800,000 Lire bedacht; das Ganze läuft hoch in die Millionen), was große Erbitterung erzeugt hat, welcher der bekannte Großrevolutionär Mazzini durch neue banditenartige Instruktionen des Ausstandes zu Hülfe kommt.

In Rom wurde am 17. durch das neue demokratische Ministerium die Schweizergarde des päpstlichen Vasaies aufgelöst und entwaffnet. Viele zerbrachen im Unwillen den Schaft ihrer Hellebarben. Papst Pius IX. liegt in Folge der Gemüthsbewegungen, welche ihm die letzten beispiellosen Ereignisse bereitet, krank darnieder. Er soll, während die zügellose Civica (Bürgergarde) nach dem Morde Rossis, ihn, den Mann, welchen sie so oft bis in die Sterne erhoben hatte, in seiner Wohnung, dem Quirinal belagert und der Kugeltregen bis in seine Vorzimmer drang, ruhig und ergeben dageessen seyn und sich bereit erklärt haben, als zweites Opfer zu fallen. Ein Prälat des päpstlichen Hauses, Mons. Palma, wurde an dem Fenster seines Zimmers bei dem Sturm auf den Quirinal erschossen. Man glaubt, der Papst werde energisch gegen die ihm abgezwungenen Zugehändnisse protestiren. — In ganz Italien ist die Aufregung in Folge der römischen Revolution wieder auf den Siedepunkt gestiegen. Man befürchtet Rückwirkungen auf Florenz und Turin. In letzter Stadt fielen an drei Abenden hinter einander, am 18., 19. und 20. lärmende Demonstrationen der demokratischen und Kriegspartei vor. Auch ein Gerücht über eine Adelsverschwörung gegen den König circularte.

Kürzlich kam im Zollamt vor London ein Fall vor, der unter allen Bijouteriewaarenhändlern eine große Verstärkung erregte. Bekanntlich hat das englische Zollamt das Recht, wenn ihr eine Waare gar zu nieder angelegt scheint, dieselbe gegen den verlangten Werth an sich zu ziehen, und für Rechnung des Schazes zu verkaufen. Dies fand kürzlich mit einer Partie Uhren statt, die zu nieder angelegt schienen, weshalb man den Konsignaires den verlangten Preis ausbezahlte, und den öffentlichen Verkauf der eingezogenen Uhren anordnete. Da ergab sich, daß die Uhrgehäuse, die man als Gold betrachtet hatte, nichts als gewöhnliches durch galvanische Mittel vergoldetes Metall waren, an dem die stärksten Proben Schiffsbruch gelitten hatten. Erst als einer der Käufer einen Einschnitt gemacht hatte, wurde der Betrug entdeckt; der Verkauf hatte natürlich keinen weitem Fortgang. Daß ein Betrug beabsichtigt gewesen, ergab sich aus dem Umstand, daß in dem Uhrenkasten oben mehrere wirklich goldene Uhren lagen.

Auf dem Börseplatz und in der Rue du Coq zu Paris bildeten sich am 24. große Zusammenrottungen vor den Bilderkästen, welche eine Menge von Karikaturen auf Ludwig Napoleon ausgestellt haben. Die Menge sprach sich mit großem Unwillen darüber aus, daß jetzt so zahlreiche Karikaturen gegen Ludwig Napoleon in den Bilderkästen ausgestellt würden und nicht eine einzige gegen Cavaignac; die Leute behaupteten, die Regierung habe gewiß ihre Hand im Spiel. Die Gruppen nahmen zuletzt eine so drohende Haltung an, daß die Bilderkästen sich genöthigt sahen, die Karikaturen von den Schaufenstern zu entfernen.